Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 298. Freitag den 21. December. 1849.

Inhalt.

Berlin, den 20. December. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Vice-Präsidenten des Ober-Tribunals, Dr. Götze, von der ferneren Theilnahme an den Geschäften des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte zu entbinden und dafür den Geheimen Ober-Tribunalsrath Ulrich zum Mitgliede dieses Gerichtshofes zu ernennen; und dem Ober-Inspektor der Charité, Rechnungsrath Karl Heinrich Esse, den Charakter als Geheimer Rechnungsrath beizulegen.

Der Fürst zu Carolath-Beuthen ist von Carolath, und der General-Major und Commandeur der 7. Kavallerie-Brigade, von Katte, von Magdeburg hier angekommen.

Potsdam, den 18. December. Ihre Königliche Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Friedrich der Niederlande, so wie Höchstderen Töchter, die Prinzessinnen Louise und Marie Königliche Hoheiten, sind heute nach dem Haag zurückgereist.

Politische Wochenschau vom 11—16. December.
(Schluß.)

In Wien jubiliren sie. Dem bereits abgeschlossenen „Zoll-Vertrag" mit Modena und Parma soll bald der mit Rom und Toscana folgen. — „Liguorianer-Kirche" den, in Wien wohnenden Slaven überwiesen! (also keine Jesuiten mehr. Wie weit ists von Wien bis München?) Das Journal „die Presse" suspendirt, hatte 15,000 Abonnenten; (also ein Ereigniß von Bedeutung.) — „Erzherzog Johann" fügt sich. Bevollmächtigte von Wien und Berlin gehen nach Frankfurt, die Bundescentral-Kommission zu installiren. (Was lange währt, wird gut.) Oesterreich soll ein „Schutz- und Trutz-Bündniß mit Hannover, Baiern, Würtemberg und Sachsen" zu Stande bringen. (Armes Preußen! alle gegen dir Pickelhaube?) — Die politischen Gefangenen, zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt, schon sechs Monat sitzend und pater peccavi sagend — frei. — Mit Preußen kein weiterer Notenwechsel über die deutsche Frage: abgemacht und gutes Vernehmen. — Im Ministerium des Innern Berathung über die Colonisation Ungarns. (Gut. Vernünftige Verfassung und Jeder geht lieber nach Ungarn, als nach Australien.) Reduction der Armee. Alle auf Kriegsdauer assentirten, so wie alle jene Soldaten, die mit Ende Decbr. ihre Capitulations-Zeit vollendet. — „100 Centner Silber" über Hamburg in der Wiener-Münze angekommen. (Bald wieder Börse, statt Brieftasche.) — „Deutschkatholicismus" greift reißend um sich, viele Beerdigungen ohne kirchliche Ceremonieen. — Den treu gebliebenen italienischen Regimentern wird ein Jahr von der Capitulation als Belohnung geschekt. — Hoffnung auf Entschädigung für die abgelieferten „Kossuth-Noten." — In Gratz 1000 „Typhus-Kranke im Spital. — In Prag hört das scandaleuse Juden-Ghetto auf. Verfassungsmäßiges Verschmelzen der Juden- und Christengemeinde. (Prag hatte seinen Huß, München hat seinen Sepp; jedes sein Theil.) — Im Hauptquartier des 2. Armeekorps weiß man nichts von „Truppenbewegung" gegen und über die sächsische Grenze — Die Ungarische Central-Eisenbahn in Besitz des Staats übergegangen. (Nehmt ein Exempel dran. Soll Oestereich Preußen überflügeln? Wird es die Lumpereien mancher Spediteure in Berlin, Breslau und Oderberg unter Aufsicht der Privatdirektionen — die sich wenig drum kümmern — „noch länger dulden?") Unter Andern ließ Haynau frei: den Statistiker Fenges, Kossuths Privatsekretair Stuller, Staatssekretair Zolltau, Schriftsteller Toth, Reichstags-Abgesandten Hatzell, Merei u. A. Täglich in Pesth einige Dutzend Personen frei. — Kälte hindert die Festungsbauten, aber doppelte Thätigkeit in dem Fortifikations-Bureau. Ofen wird sehr stark befestigt. Zitte leitet den Bau. Auch Arad, Munkacz, Temeswar und Peterwardein noch mehr fortifizirt, so wie mehrere Orte an der Grenze.

Herrn Briffault's Sendung nach Bern Seitens Louis Bonaparte, soll Bezug auf die Revolutionsmänner in der Schweiz haben. In St. Gallen nur noch 10 Flüchtlinge auf Staatskosten. Bisherige Verpflegung aufgehört. — In Bern Gesetz über die Militair-Organisation vom Nationalrath berathen. — Petitionen der Bischöfe von Basel, St. Gallen, St. Moritz zu Gunsten des Bischofs „Marilley v. Freiburg" beim Nationalrath begehren dessen Wiedereinsetzung, indem er bekanntlich aus Freiburg verbannt wurde. — In Genf viel Flüchtlinge; Italiener spielen darunter die Hauptrolle; sämmtlich „alt, reich, und Todtfeinde der Deutschen." — Mazzini in Lausanne; studirt den Lammenais. (Da wird er sicher bekehrt.) — Regierungs-Beschluß vom 6. d., die Ausweisung mehrerer Flüchtlinge zu verschieben, (worunter Eichfeld, Schimmelpfennig, Greiner und d'Ester, die durch Bundesrathsbeschluß vom 19. Novbr. ausgewiesen wurden.) — Ochsenbein erklärt in den Journalen, Hr. Briffault habe ihn „nicht besucht."

Frankreich steigen die Getränke zu Kopf, ohne sie genossen zu haben. Die Minister beantragen die Beibehaltung der Steuer, welche die „Constituirende" abgeschafft; fällt das Ministerium, so tritt Buonaparte mit seinem Militairplan hervor; Reduction der Armee auf 250,000 Mann und Organisation einer Reserve und Nationalgarde auf Preußischen Landwehrfuß. Dabei spart der Staat 125 Millionen jährlich. Die Arbeiter sind damit zufrieden, sagen: Trotz des Gesetzes gefälschten Wein; lieber 1 Sous mehr für den Wein und 20 Sous mehr für die Arbeit. (Da sollten wir uns mit unserer „Mahl- und Schlachtsteuer" ein Beispiel nehmen.) — Laroches Vorschlag: Abschaffung der Todesstrafe in der Nat.-Vers. gefallen, 400 Stimmen gegen 183. — Parade unterbleibt; Bonaparte dicke Backe und dicke Furcht. — Verschwörung entdeckt; demokratische Erhebung in Paris zum Frühjahr; mißlingt sie, dann neuer Ausbruch in Lyon; Genf die Hauptrolle zugedacht; von Lyon nach Genf sechs Stunden. — Rundschreiben des Kriegsministers an die Gensd'armerie: Offfiziere sollen geheime Berichte über die Stimmung des Volks, der Beamten ꝛc. einliefern. Ungeheurer Scandal bei Volk und Kammern. — v. Persigny „geht nicht nach Berlin," bleibt um die Person des Präsidenten. Buonaparte will aufrichtig die Verfassung; Persigny den Kaiserlichen Staatsstreich. — Im Süden organisirt man die Steuerverweigerung auf den Fall, daß das Ministerium in der Steuerfrage der Getränke siegt. (Schöne Aussicht!) — Thiers noch immer krank. Leidet an Blasen und Schwämmen im Munde. (Und der Theil des Körpers soll gezüchtigt werden, der gesündigt hat.) Guizot leidet nicht an Schwämmen; wohl aber an der Hochachtung des Volks, das ihn vor $1\frac{3}{4}$ Jahr zerreißen wollte. (Volksgunst!?!) — „Bankett des Präsidenten der National-Versammlung: Viel Einigkeit, viele Toaste auf die Einigkeit, vom Präsidenten der Republik, von dem der Nat.-Vers., von allen Andern. (Beim Essen und Trinken sind die Franzosen einig. Wir sagten es stets: nur Durst und Hunger macht ihre Revolutionen.) — Lucian Murat Ritter der Ehrenlegion. — Energische Maaßregeln gegen „demokratische Presse, besonders gegen den Unfug der Brochuren und Flugblätter. „Socialistische Schriften" aufs Blut verfolgt; „Kalender der Unterdrückten" und „Republik und Evangelium" mit Beschlag belegt. — Entdeckung des nächsten Wegs über „Dover und Falkstone nach London." Briefe und Journale in $8\frac{1}{2}$ Stunde. — In Straßburg deutsche Flüchtlinge in Massen ausgewiesen.

In England bleibt das Ministerium. — Plan die Consols von 3 pCt. auf $2\frac{1}{2}$ zu reduciren. — Bestürmung der Regierung um Verwendung für die Ungarn; erregt heftige Polemik in den Journalen. „Times" und „Globe" haarscharf gegenüber. — Viel „falsche polnische Bank-Assignaten" á 3 R. eingeführt. — Graf Carnarora, Mitglied des Oberhauses. † — Bürgerartillerie der City soll nicht mehr ihre Offiziere wählen. Prinz Albert ist ihr Colonel. (Ist man erst husband of thee Queen, kann man leicht Carriere machen.) — In London viel Raubfälle auf offner Straße. — In Leth „40 Ungarn" von Hamburg nach Amerika angekommen. — Weibliche Bevölkerung übersteigt die Männliche um $\frac{1}{2}$ Million. Folge der Auswanderung.

In der Wallachei siehts blutig aus. „Vertilgungskrieg" gegen den Ungarischen Adel. Dem östlichen Theil des Kaiserstaates droht noch eher eine sociale Revolution, als eine politische. (Da fängt Krieg mit Deutschland an: „Schutz und Trutz!") — Kommission ernannt, zu Bukarest und Jassy, das s. g. „reglement organique" zu revidiren. Mitglieder derselben Leiter der Russischen und Türkischen Partei.

Im Haag sind die Mitglieder der ersten Kammer der Generalstaaten auf den 17. Decbr. berufen. — Das Budget des Minister des Innern auf 206,070 Fl. ermäßigt.

Rußland von der Cholera befreit bis auf geringen Rest in den Ostseeprovinzen und Polen; hier ist sie im Gouvernement Radom aufs neue ausgebrochen; auch Viehseuchen herrschen dort. Im ganzen kostet es Rußland 668,012 Menschenopfer. — An der Grenze von Polen und Preußen sehr lebhafter Verkehr.

Italien. In Rom Gerüchte über baldige Rückkehr des Papstes. — In Bologna alle Professoren der Universität suspendirt. — Das Freihafen-Privilegium für Venedig zurückgenommen; verschärfter Belagerungszustand in Folge mehrerer Excesse. — Das „Sardinische Ministerium" warnt und bedroht „Schullehrer und Professoren," die die Freiheitsbegriffe der Jugend verwirren. (Wir bitten um Abschrift des Circulars.) — In Neapel haben die „Verhaftungen" aufgehört. (Niemand mehr da zu verhaften.) Man träumt von „Amnestie." (Lazaroni werden sie dictiren.) Syracus ist sein Privilegium der Universität enzogen; drei andere werden in Sicilien gegründet. In Sardinien Reduction des Heeres: 800 Offiziere entlassen. Dagegen Flotte auf Kriegsfuß gesetzt.

In Portugal große „Betrügerei" in der Landesverwaltung entdeckt. — Güter Don Miguels und der Wittwe Johann VI. zum Besten öffentlicher Kassen veräußert.

In Konstantinopel „Flüchtlingsfrage" gelöst. Renegaten nach Kateya exilirt. — Titof und Stürmer wollen, daß Polen, auch nicht zur Ungarischen Kategorie gehörend, und Muselmänner geworden, weder Grade noch Anstellung erhalten. Gerechte Pforte sagt: Nicht doch! — Viel Polen und Italiener „Renegaten." — Bem und Gefährten den 11. Novbr. in Schumla eingetroffen. — Truppen in Konstantinopel, Schumla und Erzerum concentrirt; in der Wallachei bleiben nur 10,000 Mann; von diesen 600 in Bukarest und 400 in Giurzewo. „Russische Truppen" in Wallachei, 31,000 Mann mit 48 Kanonen. — „Englische Flotte" unter Sir William Parker die Dardanellen verlassen. Kein Britisch Segel mehr in der Meerenge. — Kampf gegen die Empörer in Persien geht zu Ende. Provinz Khorasan bis auf die Hauptstadt unterworfen; diese belagert.

In Afrika strömt Blut. Zaatcha den 26. Novbr mit Sturm genommen. 800 Vertheidiger geblieben, wounter Bou Zian und der Scheriff Si Monsa Bou Amar. Soll von den Franzosen befestigt und Militair-Unter-Division werden.

Aegypten geht den Krebsgang. Befestigungs-Arbeiten von Alexandrien plötzlich eingestellt; ebenso Correction des Nilbettes; Schifffahrt auf dem Nil kläglich. Abbas Pascha zieht nach Cairo. (Kleiner Sohn eines großen Vaters, Mehemed Ali.) Feindseligkeit der Marokkaner und der spanischen Besatzung von Melilla. Letztere nahm ein Marockanisches Fahrzeug und machte in der Nacht vom 6.—7. Novbr. einen Ausfall in 3 Colonnen aus Melilla auf die Marok. Posten.

Am Cap der guten Hoffnung stocken alle Geschäfte. Folge der Aufregung. Arbeiteraufstand gegen die „Agitatoren," welche gegen die Deportirten gehetzt. Häuser geplündert, aber wieder Ruhe.

Nordamerika's Freistaat hat in Folge des Mexikanischen Kriegs ein Deficit von 15—20 Mill. Dollars; Deckung: Anleihe oder neuer Tarif; Vielleicht beides. — Lieutenant Lynch richtet aus eigenem Antriebe eine Expedition zur Auffindung Sir Franklins. (Gott schütze sein edles Unternehmen.)

Deutschland.

⊙ Berlin, den 18. Dezember. Zum Zweck der Wahl eines engeren Central-Wahlausschusses für das Erfurter Parlament hat vorgestern hier eine Versammlung stattgefunden, an der Abgeordnete verschiedener Provinzen aus beiden Kammern und die Vertreter der konservativen Centralstellen Theil nahmen. Es ward mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, daß der Ausschuß des konservativ-konstitutionellen Centralvereins, von welchem das Ganze angeregt und eingeleitet wurde, und das General-Comité der verbundenen monarchisch-konstitutionellen Vereine den geschäftlichen Theil dieses Wahlausschusses in die Hand nehmen und eine Ansprache an das Preußische Volk nach den der Versammlung vorgelegten beiden Entwürfen erlassen sollen. Das zum Grunde zu legende Programm, welchem einstimmig mehrere Fractionen der beiden Kammern beigetreten sind, lautet: 1) Wir halten die Bildung eines Deutschen Bundesstaates, welcher Preußen und alle übrigen Länder des Deutschen Bundes — mit Ausschluß der dem Oesterreichischen Gesammtstaate angehörigen Oesterreichisch-Deutschen Provinzen — umfassen soll, für eine politische Nothwendigkeit. 2) Preußens Ehre erheischt, daß die Begründung des Deutschen Bundesstaates auf dem durch das Bündniß vom 26. Mai betretenen Wege unabläßig erstrebt, und daß derselbe nöthigenfalls zunächst auch allein zwischen Preußen und denjenigen Deutschen Staaten, die dem Bündnisse vom 26. Mai beigetreten sind und an demselben festhalten wollen, errichtet werde, sofern der Beitritt der übrigen Deutschen Staaten zur Zeit noch nicht zu erreichen sein sollte. Das Nichtzustandekommen des Bundesstaates würden wir als ein für Preußen gefahrvolles, für das übrige Deutschland verderbliches Ereigniß beklagen. 3) Wir erkennen die in dem Bündnisse und der Verfassung vom 26. Mai dargebotene Grundlage eines Deutschen Bundesstaates in ihren Hauptzügen deßhalb als eine haltbare, dem Bedürfniß entsprechende an, weil dieselbe a) behufs einer kräftigen Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen dieses Bundesstaates die Vertretung desselben nach außen in Krieg und Frieden und die Handhabung der vollziehenden Gewalt im Innern in eine Hand, und zwar in die des mächtigsten Fürsten dieser Verbindung, des Königs von Preußen, legt; weil dieselbe b) eine aus zwei Kammern gegliederte Gesammtvertretung des Deutschen Volkes für seine gemeinsamen Interessen mit vollberechtigter Theilnahme an der Gesetzgebung in's Leben ruft; und weil endlich c) in dem Wahlgesetze, auf Grund dessen das Volkshaus gebildet werden soll, das nach unserer Ueberzeugung verwerfliche Princip des allgemeinen Wahlrechts nach der Kopfzahl beseitigt ist.

Breslau, den 17. Dezember. (Berl. N.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der Justizrath Gräff, welcher in Wien war, um die Oesterreichische Regierung zum Ankauf der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn zu bewegen, abschläglich beschieden worden, und sowohl der Sitz der Direktion, als die Verwaltung überhaupt, werden noch ein Jahr im statu quo verbleiben.

Stettin, den 17. Dezember. (Berl. N.) Mit dem gestrigen Tage hat die Ausstellung hiesiger Handwerkerarbeiten im Saale des Baierischen Hofes begonnen und sich bereits einer regen Theilnahme erfreut. — Der sogenannten freien evangelischen Gemeinde ist von dem Patronat die Benutzung des Saales der Friedrich-Wilhelmsschule zu ihrem Gottesdienst überlassen. — Mit der Abgabe der Waffen der Bürgerwehr an den Staat, in gutem Zustande, wird hier von dem Commando derselben bereits vorgeschritten.

Frankreich.

Paris, den 14. December. (Köln. Ztg.) Obgleich das gestern hier cirkulirende Gerücht von dem Einrücken der Oesterreicher in Sachsen durch die vermittels des elektrischen Telegraphen gestern Abends eingetroffenen Nachrichten widerlegt worden ist, so fahren doch die Journale fort, den deutschen Angelegenheiten, die gegenwärtig in dem Conflicte zwischen Oesterreich und Preußen ihren einfachsten Ausdruck finden, die ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen. Heute läßt sich „L'Ordre", das Organ der Partei Odilon-Barrot's und seit dem Uebertritte des „Constitutionnel" zur „persönlichen Politik des Präsidenten" auch das Organ der Partei Thiers, Molé u. s. w., in einem sehr bemerkenswerthen Artikel über die Lage Deutschlands und das Verhältniß Frankreichs zu derselben vernehmen: „Wenn man öffentlichen und Privat-Correspondenzen, und nicht nur den exaltirten Organen der deutschen Demokratie, sondern sogar officiellen Documeten Glauben schenken darf, welche der preußische und der österreichische Hof der Oeffentlichkeit übergeben, so stände Deutschland am Vorabende eines dreißigjährigen Krieges. Nichts desto weniger hegen wir den beharrlichen Glauben daß der Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen nicht die Veranlassung zu dem angekündigten blutigen Conflicte sein wird Trotz der Protestationen, die sich von allen Höfen her gegen die Zusammenberufung des erfurter Parlaments erheben; trotz der die allgemeine Aufmerksamkeit ganz besonders verdienenden bedeutenden Rüstungen in ganz Central-Europa wird das Gewitter, welches dieser finstere Horizont ankündigt — wenn unsere stets bewährt gefundenen Mittheilungen abermals richtig sind —, weder in der Form, noch zu dem Zwecke, die eine ungestüme und leichtgläubige Demokratie erwartet, zum Ausbruche kommen. Wir glauben recht gern, daß zwischen den Höfen von Berlin und Wien ein herzlicher Haß besteht; allein wir sind weit entfernt von der Meinung, daß dieser Haß so weit gehen könnte, so geschickte Staatsmänner, wie Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Schwarzenberg, über die Folgen eines Bruches des europäischen Friedens zu verblenden. Preußen und Oesterreich führen gern einen Noten-Krieg gegen einander, allein die Rüstungen, welche die beiden Höfe im Einverständnisse und unter Mitwirkung ihrer Bundes-Genossen veranstalten, haben weder im Sinne des Kaisers von Oesterreich, noch in dem des Königs von Preußen die nahe Bestimmung, die der gute Michel in seiner Unschuld sich vorstellt. Wenn in dem gegenwärtigen Zustande Europa's Preußen oder Oesterreich einmal die unberechenbare revolutionäre Erschütterung, die ein Conflict zwischen ihnen hervorrufen würde, einen Augenblick vergessen könnte; wenn man eines Tages zu Wien oder Berlin thöricht genug wäre, um einen ernsthaften Casus belli aufzustellen: so würden sofort von Petersburg demjenigen der beiden Cabinette, das zuerst den Kopf verloren haben würde, so sprechende und bedeutsame Vorstellungen zukommen, daß es bald wieder zur Ruhe zurückkehren würde. Alle Truppen, die auf die Beine gebracht werden, sind ohne Zweifel für nächstes Frühjahr zu einem Feldzuge gegen die Parlamente bestimmt. Die Armee in Böhmen ist für Sachsen, die in Tyrol für Würtemberg; mit letzterer in Verbindung reicht die baierische Armee hin, Franken und Schwaben im Zaume zu halten, in dem übrigen Deutschland wird die preußische Armee regieren, sobald sie es will. Und wenn Preußen wirklich das erfurter Parlament unter dem Drucke der öffentlichen Meinung zusammenruft, glaubt man etwa, daß die Armee-Corps vom Maine, vom Rheine und von der Elbe bestimmt sind, dasselbe gegen die Unzufriedenheit Oesterreichs zu beschützen? Wäre nicht vielmehr der Schlüssel zu der diplomatischen und militärischen Komödie, die im Augenblicke in Deutschland gespielt wird, einfach darin zu suchen, daß man einen bewaffneten Bund gegen die Aufregung organisiren will, die möglicher Weise das für unvermeidlich gehaltene erfurter Parlament hervorrufen wird, wobei man voraussichtlicher Weise auch die zu unruhigen Parlamente von Dresden und Stuttgart schließen will, die dem erfurter Parlament eine Stütze und ein Sporn sein werden? Es ist weniger ein dreißigjähriger Krieg, auf den in diesem Augenblicke die Höfe von Mittel-Europa sinnen, als ein großartiger 18. Brumaire." Nichts desto weniger fordert hierauf das Blatt die Regierung zur Vorsicht auf und verlangt im Angesichte der möglicher Weise ausbrechenden ernsten Ereignisse vom Präsidenten der Republik die Berufung erfahrener Staatsmänner in das Ministerium, und von der National-Versammlung die Beibehaltung der Getränkesteuer, um die Finanzen in einem Augenblicke nicht zu erschüttern, wo Frankreich ganz unerwarteter Weise in einen der größten Kriege der neueren Zeiten geschleudert werden könne.

— Der Kriegsminister hat an alle Kasernen-Kommandanten ein Rundschreiben erlassen, worin sie angewiesen werden, allen als socialistische Demokraten bekannten Personen den Eintritt in die Casernen zu verwehren. — Der Minister des Auswärtigen hat allen diplomatischen Agenten befohlen, sich sofort auf ihre Posten zu begeben, wenn sie keine sehr triftigen Gründe für ihr Verweilen in Paris vorbringen können.

— Was das Ergebniß der Debatte über die Getränkesteuer betrifft, so habe ich nie recht begriffen, wie man einen Augenblick nur an der Annahme des Gesetzentwurfs zweifeln konnte, und zwar mit einer Majorität von wenigstens 100 Stimmen; noch weniger konnte ich begreifen, wie man ernstlich glauben mochte, daß L. Napoleon für die Aufhebung der Getränkesteuer sei Es ist wahr, diese Steuer ist nichts weniger als volksthümlich, und L. Napoleon, der — versteht sich, im Interesse Frankreichs — volksthümlich zu sein das Bedürfniß fühlt, hat hier eine treffliche Gelegenheit, sich volksthümlich zu machen. Allein man vergißt, daß die Getränkesteuer, wie der Präsident der Republik selbst, ihr Dasein Napoleon verdanken, dieser also gewisser Maßen einen Brudermord begehen würde bei der Aufhebung dieser Steuer. Mit welchem Rechte könnte er sich auf seine Botschaft vom 31. Oct. berufen, worin es hieß: „Schon der Name, den ich trage, ist ein Regierungs-Programm", wenn er einen wesentlichen Bestandtheil dieses Programms, die Getränkesteuer, aufhöbe? Noch mehr, wie könnte der Präsident diesen Bestandtheil des Regierungs-Programms, das sein Name einschließt, vernichten in dem Augenblicke, wo er einen anderen Bestandtheil desselben Regierungs-Programms, die imperialistischen Attribute der Gendarmerie, dieses Spionir-System in militärischer Uniform, herstellt?.

Großbritanien und Irland.

London, den 15 December. (Köln. Z.) Auf Anregung des Grafen von Glengall, welcher Führer der Schutzzöllner in Irland zu sein scheint, cirkulirt jetzt eine gegen den Freihandel gerichtete Denkschrift in Form einer Petition unter den Grundbesitzern. Dieselbe soll bereits von 39 Peers und einer großen Anzahl sonstiger einflußreicher Personen unterzeichnet sein. Vor Beginn der Session wollen die Irischen Protektionisten eine Versammlung in Dublin halten, um in einer Weise, welche, wie sie glauben, ihres Eindrucks auf die Minister nicht verfehlen wird, den unerschütterlichen und einstimmigen Entschluß Irlands auszusprechen, um jeden Preis Schutz für die heimische Industrie zu erhalten.

Kammer-Verhandlungen.

93ste Sitzung der ersten Kammer vom 18. Dezember. Präsident v. Auerswald eröffnet um $10\frac{1}{4}$ Uhr die Sitzung.

Zunächst theilt der Präsident mit, daß die Untersuchungsacten gegen den Appellationsgerichtsrath **Temme** nunmehr eingelaufen und dem Gesammt-Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen seien. Der Hr. **Justizminister** wünscht, daß in diesem Falle die Acten nicht nach dem gewöhnlichen Geschäftsgange auf den Tisch des Hauses niedergelegt — sondern nur dem Gesammt-Ausschuß überwiesen würden. Der hierauf beantragte **Namens-Aufruf** ergiebt, daß die Kammer **nicht beschlußfähig** ist, es muß deshalb eine Pause gemacht werden. Nachdem sich die zur Beschlußfähigkeit nöthige Zahl eingefunden, wird die gestern ausgesetzte Berathung über die **Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung** wieder aufgenommen, und bei derselben fast immer die Commissions-Anträge **angenommen**. Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung Abend 7 Uhr.

94ste Sitzung der ersten Kammer am 18. Dezember Abends 7 Uhr.

Präsident v. **Auerswald** eröffnet $7\frac{1}{4}$ Uhr die Sitzung Am Ministertisch die Herren v. **Strotha**, v. **Rabe**, v. **Manteuffel**. Auf die Tagesordnung eingehend erstattet Hr. di Dio den Bericht der Petitions-Commission, über eine von dem Kreistage zu **Soest** eingereichte Petition, wegen Herabsetzung des **Viehsalz-Preises**. Es wird darauf angetragen: es möge bestimmt werden, daß das Salz-Monopol beim Viehsalze wegfalle, und den Privat-Salinen die Bereitung und der Verkauf von Viehsalz unter ähnlichen Controll-Maßregeln, wie sie bei dem Verkauf des Düngesalzes bestehen, zu gestatten sey. — Die Commission trägt darauf an: daß die Petition an das k. Staatsministerium abgegeben und zur **möglichsten Berücksichtigung** befürwortet werde.

Der **Finanzminister**: Der Regierungs-Commissar habe bereits auseinandergesetzt, daß den Wünschen der Petenten in der nachgesuchten Weise nicht gewillfahrt werden könne. Sollte jedoch die Petition an das Finanzministerium abgegeben werden, so würde man den Bittstellern vielleicht darin entgegenkommen, daß man den Ortschaften, in der Nähe von Salinen, das Salz zum Selbstkostenpreise überläßt, um so mehr, als dadurch ein bedeutender Ausfall für die Staatskasse nicht entstehen werde. Dennoch müsse er wünschen, daß aus dem Commissionsantrage die Worte: „zur möglichsten Berücksichtigung" weggelassen werden. Der Antrag der Commission wird hierauf mit Weglassung der Worte „zur möglichsten Berücksichtigung" angenommen. Den folgenden Theil der Tagesordnung bildet die Fortsetzung der Berathung über die Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung. „Tit. III. Von den Provinzen" wird als Ueberschrift unverändert angenommen. Bei Art. 39. nimmt Hr. v. **Gerlach** das Wort, und erklärt, daß die bis jetzt noch zu Recht bestehenden Provinzialstände nothwendig über diese Frage, die ihre eigene Existenz betreffe, zuerst gehört werden müßten. Hierauf wendet sich der Redner zur Bekämpfung der gestern von Hrn. Camphausen, der heute nicht gegenwärtig, in Beziehung auf ihn gemachten Aeußerungen.

Hr. v. **Ammon**: Noch von Niemandem außer dem Vorredner sei bis jetzt behauptet worden, daß den Provinzialständen jetzt noch neben den Kammern eine Legislation zustehe. Was die Entgegnungen auf Hrn. Camphausen betreffe, so hätte er gewünscht, daß dieselben entweder in dessen Gegenwart, oder gleich gestern erfolgt wären, da es Hrn. v. Gerlach doch sonst nicht an Geistesgegenwart zu fehlen pflege. (Heiterkeit.) Hr. v. **Gerlach** (thatsächliche Berichtigung): Es habe ihm allerdings gestern an Geistesgegenwart gefehlt (Heiterkeit.) Hierauf werden die Artikel 39—60 unverändert und ohne Debatte angenommen. (Wir werden dieselben morgen mittheilen.) (Schluß 10 Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 10 Uhr.)

77ste Sitzung der zweiten Kammer vom 18. December.

Auf der **Tagesordnung** steht der Bericht der Verfassungs-Commission über die Titel I., II, VI. und VII. mit Rücksicht auf die Beschlüsse der ersten Kammer. Der von der **zweiten Kammer** zwischen den Art. 11 u. 12 gemachte Zusatz über die Corporationsrechte, wonach die Regierung den Uebergang der evangelischen Kirche zu einer selbständigen Verfassung herbeizuführen habe, wird von dem Herrn **Minister der geistlichen Angelegenheiten** für überflüssig eeklärt. Die Commission empfiehlt gleichfalls Streichung desselben. „Die Kammer tritt diesem Vorschlage bei. Bei Art. 21, der von dem **Unterricht in der Volksschulen**, handelt, tritt die Kammer dem Antrage der Commission gemäß, dem Beschlusse **der ersten Kammer** bei. In Art. 22 soll nach dem Beschlusse der ersten Kammer der unentgeldliche Unterricht nur den Kindern **unbemittelter** Eltern zu Theil werden. Mit 156 gegen 131 Stimmen **bleibt die Kammer bei ihrem früheren Beschlusse**. Art. 40 handelt von der Aufhebung ohne Entschädigung. — **Die Kammer tritt** dem Beschlusse der **ersten Kammer nicht bei**. Nach Art. 93, in der Fassung der ersten Kammer, sollen alle Preßvergehen dem Geschwornengericht überwiesen werden, ausgenommen diejenigen, bei welchen **das Gesetz keine Ausnahmen** vorschreibt. Die zweite Kammer dagegen wollte nur wegen **Geringfügigkeit der Strafen** eine Ausnahme eintreten lassen. Der Hr. Justizminister erklärt sich für die Fassung der **ersten Kammer**. — **Gegen** den Antrag der Commission wird die Fassung der **ersten Kammer angenommen**. Im Art. 95 ist der Zusatz der **zweiten Kammer**, wonach es einer vorgängigen Genehmigung der Behörde, um einen Beamten wegen Rechtsverletzung durch Amtsüberschreitung in Anspruch zu nehmen, nicht bedarf, von der ersten Kammer **gestrichen** worden. Der Hr. **Justizminister** schließt sich dem an. Bei der Abstimmmung wird der Beschluß **der ersten Kammer** mit 173 gegen 115 Stimmen **abgelehnt**. Der erste Gegenstand der **Tages-Ordnung** ist erledigt und damit die **Revision der Verfassung beendet**. Der zweite Gegenstand der **Tagesordnung** ist der Antrag des Abg. **Osterrath** wegen Aufnahme eines Artikels, die Posener Verhältnisse betreffend, in die Verfassung. Derselbe wird **abgelehnt**. Der Antrag auf Bildung einer Commission aus den Abtheilungen und Provinzen, zur Berathung der Gemeinde-Ordnung wird **angenommen**. (Schluß der Sitzung $2\frac{1}{2}$ Uhr. (Nächste Sitzung: morgen 12 Uhr.)

Locales rc.

Schwurgerichts-Sitzung. Posen, den 18. December.

Rede **Krauthofers**. (Fortsetzung.) Ich mache jetzt einen Sprung bis 1815; hier haben wir eine Constitution, das Patent vom 15. Mai 1815 (er verliest dasselbe, so wie den Landtagsabschied vom 6. August 1841) M. H. G. **Hugo Grotius** hat gesagt: Was Könige versprechen, sei so heilig, als wenn ein Eid geleistet wäre, und er spricht denselben das Recht ab, ihr Wort zurückzunehmen. Mit schmerzlichem Gefühl werde ich Ihnen auseinandersetzen, wie **uns** das Wort gehalten worden. — Das Patent verspricht uns ein Vaterland. Jetzt hat man uns Reorganisation verheißen, weil Jenes nicht gehalten worden, eine Reorganisation, die vielmehr eine Amputation ist durch die projectirte Demarkationslinie, die von Niemand gebilligt wird, wie die aus allen Gauen Deutschlands uns zugegangenen Adressen beweisen. Ich erinnere Sie an den Namen **Flottwell**, in seinem Memoire heißt es: Die Polen müssen ausgerottet werden, und das war in der That die Philosophie der Regierung. Auch in Schlesien ließ sie unsere Compatrioten an der Hungerpest sterben, und der Ober-Präsident berichtete, es wäre dies ein Glück, denn so würde ein besserer Schlag gezogen werden! — Die Constitution sagt, wir brauchten unsere Nationalität nicht zu verleugnen: m. H. selbst Frauen wurden deswegen bestraft; eine edle Frau, die im Kriege nach Russ. Polen gegangen und dort einem Lazareth vorgestanden, wurde zu 6 Monat Gefängniß und Vermögensconfiscation verurtheilt! — In dem Landtagsabschiede steht, daß der Könlg auch unsere Sitten in Achtung habe. Zu unserer nationellen Sitte gehört auch Gastfreundschaft; ein Volk, das nicht gastfreundlich, ist nicht edel. Durch die Theilung Polens sind wir durchgängig theils eingekerkert, theils auf der Flucht; aus Rußland und Oesterreich müssen unsere Compatrioten beim leisesten Anlaß fliehn, sie kommen zu uns, aber wie Thiere werden sie zurückgeschickt, um dort gehangen zu werden. Ein gewisser **Dębowski** war aus Polen wegen eines Zeitungsartikels geflohen und kam hierher; er war verheirathet und hatte Mittel zu seiner Existenz: auf die Festung hat ihn die Polizei geschleppt und an der Karre hat er arbeiten müssen! — In Krakau hatte ein Bürger **Karaszynski** das Unglück, daß der Preuß. Resident seiner Frau die Cour machte, er wurde ausgewiesen, flüchtete hierher und suchte beim Oberpräsidenten das Indigenat nach, man ertheilte es ihm, aber da kam von Berlin ein Befehl, es ihm wieder zu nehmen, worin es hieß, man dürfe doch den Juden nicht das Indigenat ertheilen, wie viel weniger einem Polen aus Krakau. Er wurde chicanirt, bis er in Owinsk sein Leben endete! — Das ist die Gastfreundschaft hier, das, m. Hr., ist das Schicksal der Polen! Selbst in Frankreich haben wir ja jetzt kein Asyl mehr. — Auch die Garantie der kathol. Kirche ist uns gegeben worden. Ich gehöre derselben nicht an, aber ich kann nicht umhin, sie an die Gefangennahme des Erzbischofs **Dunin** zu erinnern, der ohne Urtheil und Recht wie ein gemeiner Verbrecher bei Nacht aufgepackt und auf die Festung geschleppt wurde. — Ich komme zu dem Punkte, wo es heißt: Eure Sprache soll in allen Geschäften neben der Deutschen gebraucht werden Ich habe eine Brochüre des Reg.-Präs. **Klewitz** in der Hand vom J. 1811, worin derselbe anerkennt, daß das Recht auf unsere Sprache so unstreitig sei, daß es zu verkümmern unmenschlich sei. Klewitz ist der Urheber unserer magna charta von 1815, aber wie ist er verstanden und interpretirt worden! Ich lege Ihnen, m. H., ein Originalschreiben des rc. **Flottwell** an den Probst **Kinosowicz** vor, worin derselbe erklärt, daß er ihm nur auf eine Deutsche Eingabe antworten werde. Doch das ist nur eine Unbill eines einzelnen Beamten, der die Polnische Nation vernichten wollte. Aber, m. H., da ist 1840 eine Notariats-Ordnung erschienen, die bestimmt, daß die Verhandlungen stets Deutsch aufgenommen und nur eine Polnische Uebersetzung beigefügt werden solle. Daß ein solches Gesetz erlassen werden konnte, ist empörend. Wir haben dagegen protestirt, ich selbst habe die Eingabe verfaßt, in der wir flehten, uns das letzte Kleinod, den letzten Fetzen unserer Nationalität zu lassen, aber Alles war vergebens. — M. H., hinsichts der Sprache kann ich meinen Vortrag noch nicht enden. Ich selbst habe in dieser Beziehung Erfahrungen gemacht. Als ich im vor. Jahr eingekerkert wurde, verlangte ich von einem Assessor, der Polnisch konnte, **Kinel**, Polnische Vernehmung. Das Kriegsgericht, m. H., beschloß, daß ich **Hiebe** bekommen sollte, wenn ich mich nicht Deutsch ausließe. Zwei Stock tief, in ein finsteres Loch wurde ich geworfen, wo Frösche und Fledermäuse meine Genossen waren, auf verfaultem Stroh mußte ich liegen und an Ketten wurde ich geschlossen, weil ich verlangte, **Polnisch** vernommen zu werden. Mit Hunger und Entbehrungen wurde ich von meinem Kerkermeister, wie ich nenne, von **Helldorf** geplagt, und Hiebe sollte ich bekommen, im 19ten Jahrh im Preußischen Staate. (Der Präs. verweist dem Angekl. den gebrauchten Ausdruck.) — Und nun, meine HH. Geschworenen Deutscher Abkunft, Sie selbst geben einen Beleg der Verletzung unserer Sprache. Ich habe das Recht, zu verlangen, daß 12 Geschworene mich verstehn, aber nur 4 oder 5 kennen meine Sprache. Sie haben meine Polnische Klagebeantwortung nicht gehört, nicht meine Vertheidigung bei der Zeugenvernehmung, — ein Translateur kann Ihnen nie den Geist meiner Rede wiedergeben — und Sie sollen darüber urtheilen, ob ich zur Richtstätte geschleift, von Unten nach Oben gerädert, ob meine Kinder eingekerkert werden sollen! M. H., ich hatte von Ihnen erwartet, daß Sie anders handeln würden. Bem in der Türkei, wenn er als Geschworener über einen Türken richten sollte, würde es nimmermehr thun, — das ist der Sinn der **Polnischen** Nation. — Und um weiter zu gehen, wie viel Polen sind denn unter den Beamten unseres Staates, der höchste Gerichtshof hier zählt ihrer 2, bei der Regierung ist keiner, noch nie hat es ein Pole über den Sec.-Lieutenant gebracht; und doch sollen uns alle Aemter und Würden offen stehen! Unter den Advokaten bin ich fast der einzige Pole, die Anderen verläugnen ihr Volk, ihr Vaterland. Sie sagen den Unsinn, sie seien Deutsche, obgleich sie hier geboren, hier auf Polnischem Boden, der trotz Allem nach wie vor **nicht** Deutsch ist. Mein Urgroßvater war kein Pole, er kam aus Deutschland hierher, aber schon mein Großvater war ein Pole, und ich bin ein Pole mit Leib und Seele. Was soll ich von den Juden sagen in dieser Beziehung? Wie kön-

nen sie sagen, sie seien Deutsche und sind doch nicht in Palästina geboren, sind hier geboren, wo sie seit Jahrh. wohnen. Ich bin empört über die Undankbarkeit dieser Juden, die ich so lange so nennen werde, als sie sich nicht Polen nennen. In Polen hatten sie Ruhe, Commers, freie Religionsübung, wie nirgends; die Polen haben ihre Emancipation beantragt, wir haben die Bruderhand ihnen jetzt bei der Insurrection geboten, aber sie steckten in eine Tasche die Polnische, in die andere die Preußische Kokarde, um sie nach Bedürfniß zu gebrauchen, und als wir unterlagen, bewarfen sie uns mit Koth und mordeten uns. (Verweis des Präs.)

Ich habe gestern den Ausdruck Stiefvater gebraucht und bin getadelt worden. Zur Rechtfertigung will ich ein Kab.-Ord. von 1833 mittheilen, worin anbefohlen wird, die früher ausgeliehenen Kapitalien zu kündigen, die großen Güter der Poln. Gutsbesitzer zu theilen und an Erwerber Deutscher Nationalität zu verkaufen (verliest die Kab.-O.). So hat die Preußische Regierung uns behandelt, gleich jenem Arzt, der mit der Sonde so lange in der Wunde herum fährt, bis der Brand ausbricht; und dann wundern sie sich, wenn wir uns empören? M. H., wir werden als Empörer geboren und sterben als Empörer; wir haben ein Recht, Empörer zu sein. Ist denn das Volk eine Null? Kraszewski sagt: es giebt keinen König ohne Volk; da kann doch das Volk nicht eine Null sein, daß man es treten kann, wie Hunde. Uns Polen giebt aber das Recht zur Empörung ausdrücklich noch ein Dokument, garantirt von Preußen: die Constitution von 1768. Darin heißt es: Kommt der König seinen Pflichten nicht nach, so soll das Volk ihm keinen Gehorsam schuldig sein (verliest die betr. Stelle). M. H., das ist nicht das einzige Beispiel einer solchen Bestimmung, auch nach der Belgischen Constitution hat das Volk das Recht zur Empörung, wie dies überhaupt ein dem Menschen angeborenes Recht ist (Verweis des Präs.).

Nun, m. H., komme ich auf den Punkt der Undankbarkeit, die dem Polnischen Volke in der Anklage vorgeworfen ist. Nach dem Angeführten frage ich, hatte die Polnische Nation Anlaß, dankbar zu sein! Wahrlich, es ist ein großer Vorwurf gegen eine Nation, der: undankbar zu sein. Ich protestire gegen diese Verläumdung der Polnischen Nation, der Staatsanwalt hätte mir den Vorwurf machen mögen, aber nicht der Nation: das ist ein Vergehn! (Präs. rügt diesen Ausdruck.) M. H., der König hat in einem Privatbriefe an eine Dame in Berlin, die sich zur Zeit des großen Polenprozesses für uns verwandte, geschrieben: das ist eine feige Nation. Nachher hat er uns amnestirt und der Staatsanwalt hat gesagt, daß diese Amnestie, für die wir uns so undankbar bewiesen, aus des Königs Herzen geflossen; hiernach glaube ich es nicht. Wie aber, frage ich, kann man einer Nation Feigheit vorwerfen, die Helden, wie Sobieski, Kościuszko u. A., auch Mierosławski, der überall für die Freiheit kämpft, aufzuweisen hat. (Der Staatsanwalt protestirt gegen diese Vorwürfe gegen die Person des Königs, und der Präs. verbietet dieselben.) M. H., auf diesen Vorwurf der Undankbarkeit kann ich kurz nur mit Schillers Worten aus Wallenstein antworten: Treibt Ihr so mit dem Herrgott Spott!

Obgleich ich so ausgeführt, daß wir ein Recht zur Empörung gehabt, sind wir doch stets mit der Friedenspalme vorangegangen. Als in ganz Europa die große Revolution losbrach, empörten wir uns doch nicht gleich, sondern gingen erst nach Berlin, um von dem Könige uns unser Recht zu erbitten. Man gab uns Versprechungen, von denen bis jetzt wenigstens Nichts gehalten ist. Und als konventionswidrig unsere Cadres bei Wreschen bedrängt wurden, gingen wir wiederum erst nach Berlin, um zu bitten, es nicht zu Blutvergießen kommen zu lassen. Was wir ausgerichtet, wissen Sie, m. H. Es erging die Verordnung wegen der Demarkations-Linie. Ich war in der Mission von Mierosławski betraut gewesen, jetzt kehrte ich zurück, es war gerade die Schlacht bei Xiąz geschlachtet worden. Zwei Heere standen sich einander gegenüber, ein Polnisches und ein sogenanntes Preußisches. Als Mann von Charakter mußte ich mich einem der beiden anschließen, und welches sollte ich wählen, als Pole, im Bewußtsein all des Unrechts, das uns geschehen und das ich hier kurz dargestellt? Ich frage Sie, m. H. Geschworenen, welchen Rath würden Sie mir ertheilt haben, ziehen Sie Ihr Gewissen zu Rathe und entscheiden Sie, ob ich hätte ein Verräther an meinem Vaterlande werden sollen. M. H., dies ist der Höhepunkt meiner Vertheidigung, hier ist der Angelpunkt, wo Sie zu entscheiden haben, ob ich schuldig bin oder nicht, das Andere, was ich anzuführen habe, sind mehr oder weniger juristische Kunststücke. So feindlich Sie vielleicht auch meiner Nation gesinnt sind, so glaube ich, wird Ihr Gewissen meine Handlungsweise doch billigen, denn ehrlos ist, wer, wenn seine Nation sich erhebt, feindlich sich ihr gegenüberstellt. M. H., Sie besuchen Poniatowski's Grab in Leipzig, nicht aber das jenes Französ. Generals, der bei Dresden im Kampf gegen Frankreich fiel. Meine Wahl hat mir meine Ehre gesichert, hätte ich anders gehandelt, ich wäre ein elender Wicht. Vergessen Sie hierbei nicht, m. H., daß Sie mich nur nach der Stimme Ihres Gewissens allein zu richten haben, nicht nach der Philosophie alter bestaubter Bücher. Zwischen dem Gewissen und dem Mittelpunkte des Alls, Gott, ist aber ein elektrischer Telegraph, der uns das Wahre, Rechte eingiebt. Ich habe nach dieser Stimme gehandelt, auch Sie müssen danach urtheilen. Mein und Ihr Gewissen ist eins, es hat seinen Brennpunkt in Gott. (Schluß folgt.)

Posen, den 20. Dezember. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilte zunächst der Vorsitzende, Herr Müller, der Versammlung mit, daß der Magistrat die Etats p. 1850 in der von den Stadtverordneten normirten Weise zur Vollziehung eingeschickt, jedoch zugleich sich dahin ausgesprochen habe, daß er mit vielen Positionen nicht einverstanden sei, deshalb seine Genehmigung nicht ertheilen könne und sich die Extrahirung einer höheren Entscheidung vorbehalte. Der Vorsitzende protestirte gegen diese Erklärung des Magistrats, dem er das Recht der Nicht-Genehmigung in der angegebenen Weise nicht zuerkennen könne, eine Ansicht, für die sich auch der St.-V. Herr Kaatz aussprach, während sie von dem Oberbürgermeister Herrn Naumann, sowie von dem Stadtverordneten Herrn Freudenreich bekämpft wurde. Nach einer ziemlich lebhaft geführten Debatte erklärte der Magistratsdirigent, daß der Magistrat die Verpflichtung, sich nur innerhalb der Grenzen des Etats zu bewegen, anerkenne — und mit jener Aeußerung nichts Anderes habe zu erkennen geben wollen, als daß er, im Falle die einzelnen Positionen nicht ausreichten, den durch das Gesetz bestimmt vorgezeichneten Weg einschlagen werde. Diese Erklärung wurde zu Protokoll genommen und dann der Etat vollzogen. Er beläuft sich auf die Höhe von 81,000 Thlr. — Hiernächst zeigte der Vorsitzende an, daß das erbetene Verzeichniß sämmtlicher städtischen Grundstücke vom Magistrat eingeschickt worden sei und zu den Acten gelegt werden würde. — Die vom Magistrat vorgelegten Geschäftsinstructionen für Armen-Bezirksvorsteher, Armen-Aerzte ꝛc., sowie der Entwurf einer Armen-Pharmakopöe wurden einer Commission, an der mehrere Aerzte betheiligt sind, zur Prüfung überwiesen. — Sodann wurden 13 Magistratsdienern, die sehr kärglich besoldet sind, Weihnachtsgratificationen, zu 10 Thalern für jeden, bewilligt. Darauf interpellirte Herr Kaatz den Magistratsdirigenten: ob von Neujahr ab die bisher von der Einkommensteuer befreit gewesenen Personen (Militär, Lehrer, Geistliche) zu derselben herangezogen werden würden? Hr. O.-B. Naumann erwiderte, daß dies leider noch nicht geschehen könne, da durch das neue Gesetz bis jetzt ausdrücklich nur die Befreiung von der Klassensteuer aufgehoben sei. — Dann vertheilte der Vorsitzende unter die Versammlung eine Anzahl Exemplare der Petition, welche der Vorstand des Handwerker-Vereins an die Hohe Kammer um „Aufhebung der Gewerbesteuer" gerichtet hat, und fügt hinzu, daß der Vorstand das Gesuch an die Stadtverordneten gestellt habe, eine ähnliche Petition an die Kammer zu richten. Zur Prüfung desselben wurde eine Commission ernannt. Dasselbe geschah hinsichtlich des von der Regierung eingeschickten und zur Annahme empfohlenen Statuts der Gesellen-Verbindungen. Desgleichen wurde die Kämmereikassenrechnung p. 1848, einer Commission zur Revision überwiesen. — Ein Gesuch des Uhrmachers Asgé wurde nicht in Berücksichtigung genommen; dagegen die der Wittwe von Kaisertreu noch bewilligt gewesene Unterstützung von 20 Thlr., nach deren nunmehr erfolgtem Tode, den Hinterbliebenen derselben zu Beerdigungskosten bewilligt. — Dem Bürgerrechtsgesuch des Herrn Aug. Bartz wurde gewillfahrt und demselben das active Wahlrecht zuerkannt. (Schluß folgt.)

✝* Bromberg, den 17. Dec. Das 4. Infanterie-Regiment, dessen Stab bei uns steht, hat jetzt Bromberg, Conitz und Graudenz als Garnisonorte angewiesen bekommen. Vorläufig ist jedoch das erste Bataillon dieses Regiments in Wongrowiec und Schubin, wo es sich jetzt in Cantonnement befindet, belassen, und es hat daher für jetzt nur erst das 2te Bataillon in unserer Stadt und das Füsilier-Bataillon in Conitz seine rechtmäßige Garnison inne. — Ein Maurergeselle ist hier beim Lehmgraben verschüttet und dadurch getödtet worden. — Der Wohlthätigkeitssinn bekundet sich in unserer Stadt in einer edlen Weise; am 19ten d. Mts. findet zum Besten der Armen eine Vorstellung auf unserem Liebhabertheater statt; auch hofft man im Laufe des künftigen Vierteljahrs neben der schon bestehenden Kleinkinderbewahranstalt eine zweite derartige Anstalt einrichten zu können. — In Westpreußen hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche den Güterumtausch solcher Besitzer im Großherzogthum Posen gegen Westpreußische bewirken und erleichtern will, welche etwa nach Ziehung der Demarkationslinie das Großherzogthum zu verlassen beabsichtigten. Selbige hat aber hier ihre Dienste vergeblich angeboten, da die Ziehung der Linie selbst unterbleibt und es daher wohl nur wenige geben dürfte, die einen solchen Tausch beabsichtigen. Es ist übrigens doch hie und da vorgekommen, daß Familien das Großherzogthum verlassen haben, um jeden etwa später noch vorkommenden Konflikten beider Nationalitäten, die hoffentlich aber nie wieder eintreten werden, aus dem Wege zu gehen; so z. B. ist einer der reichsten Gutsbesitzer des Inowraclawer Kreises, dessen Wirthschaft weit und breit als Norm gilt, nach Berlin verzogen. — Nach der letzten Zählung hat Bromberg über 10,200 Einwohner; einige sehr bevölkerte Dörfer grenzen aber unmittelbar an die Stadt, so daß dadurch die Einwohnerzahl noch sehr vergrößert wird. — In letzter Zeit sind mehrfach Reservisten von den in Frankfurt a. M. und in Baden stehenden Preußischen Regimentern durchgegangen; auch vom 5. Regimente, das in Posen steht, sind in der letzten Woche 137 Mann Reservisten hier angelangt und nach einem Ruhetag nach Preußen weiter marschirt.

✝ Inowraclaw, den 19. December. Der hiesige Rektor Tiede hat auf ein, im Interesse der Schule und des Lehrerstandes an den Präsidenten der zweiten Kammer, Grafen v. Schwerin, gerichtetes Schreiben, nachstehende Antwort vom 12. d. M. erhalten:

„Ew. Wohlgeborn erwiedere ich auf das gefällige Schreiben vom 7ten d. Mts., daß die Angelegenheit der Lehrer durch die Feststellung des Verhältnisses derselben in der Verfassung eine Basis gewonnen hat, auf der nunmehr weiter gebaut werden kann. Nach den Aeußerungen des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten ist binnen kurzer Frist der Vorlegung des, auf Grund der Verfassungsbestimmungen ausgearbeiteten Unterrichtsgesetzes entgegen zu sehen. Inzwischen aber wird gewiß von Seiten der Verwaltung Alles geschehen, was irgend möglich ist, um dem wichtigen und ehrenwerthen Stande der Volkslehrer diejenigen Erleichterungen auch in seiner äußeren Lage zu Theil werden zu lassen, die die Finanzkräfte des Staates irgend gestatten; auch in den Kammern weiß man vollständig zu würdigen die hohe Wichtigkeit der Volksbildung, so wie die Gewinnung und Erhaltung eines Lehrerstandes, von dem man auf der einen Seite mit Sicherheit erwarten kann, daß er in den Herzen der ihm anvertrauten Jugend die Keime wahrer Religiösität pflegen und einen Sinn ausbilden werde, der der Zukunft des Vaterlandes tüchtige Bürger sichert, dem man aber auf der andern Seite auch nach Möglichkeit eine äußere Lage zu sichern hat, die ihm gestattet, mit Freudigkeit seines Berufes wahrzunehmen. Mit besonderer Hochachtung Euer Wohlgeboren ergebenster Graf v. Schwerin."

— Eben erfahre ich aus Thorn, daß dort ein Husar von 6 Infanteristen erschlagen sei, weil er mit seinen Sporen einigen Mädchen beim Tanzen die Kleider zerrissen habe. — Ein Geistlicher hiesigen Orts, dessen Vermögen auf circa 80,000 Rthlr. geschätzt wird, hat den Pächter seiner Propstei wegen rückständiger Pacht gerichtlich verklagt und in einem Schreiben an das hiesige Kreis-Gericht, worin er dasselbe um Beschleunigung des Prozesses ersucht, gesagt, er sei krank und habe nicht die nothwendigsten Subsistenzmittel!

Verantw. Redakteur: C. C. H. Violet.

Gewerbliches.

Wir beeilen uns, unseren Handwerksgenossen die erfreuliche Nachricht mitzutheilen: daß, wenngleich unser Magistrat das Bedürfniß der Einführung des Gewerberathes in unserer Stadt nicht anerkannt, wenngleich die Stadtverordneten-Versammlung die Einführung des Gewerberathes nur deshalb beanstandet hat, weil derselbe in der Art, wie ihn das Gesetz vom 9. Februar d. J. haben will, nicht ganz den Bedürfnissen des Handwerker-Standes entspricht, ein Hohes Staats-Ministerium dennoch auf unseren, durch die hiesige Regierung befürworteten Antrag, die Einführung des Gewerberathes in der Stadt Posen beschlossen hat und wir deshalb den Magistrat um die Beschleunigung der Einführung des Gewerberathes bereits heute ersucht haben.

Posen, den 19. December 1849.

Bemerkungen über das Verfahren im Krauthoferschen Prozeß. (Forsetzung.)

Daß aber der Angeklagte die gegen ihn vorliegende Anklage und das obschwebende Verfahren dazu benutzen will, die polnische Nationalität geltend zu machen, sich als einen Märtyrer derselben darzustellen und so das anscheinend verlorene Ansehen unter den Polen wieder zu gewinnen, darüber kann kein Unbefangener, gehöre er einer Nation an, welcher er wolle, zweifelhaft sein. Denn was anders soll es sein, wenn er, der von einem Deutschen Vater Erzeugte, welcher Jahre lang als Deutscher gesprochen und gehandelt hat, jetzt, nachdem er der polnischen Bewegung sich angeschlossen hat, und deshalb als Beamter zur Verantwortung gezogen wird, wenn dieser Mann verlangt, daß in seiner Untersuchung nur polnisch verhandelt werde, und nachdem das Gericht für ihn entschieden, daß nur Geschworene, welche der polnischen Sprache vollkommen mächtig, als Richter zugezogen werden sollen? Welchen andern Zweck kann er dadurch verfolgen, daß er, als er den Beschluß des Gerichtshofes vernahm, dagegen unter Berufung auf Aeußerungen Karl des Großen und des Apostel Paulus remonstrirte, daß er am 14. d. M. Nachmittags in seiner langen — den Geschworenen deutsch nicht wiedergegebenen — Rede, die für den erschossenen Polen Babinski, welcher wegen Ermordung eines Gensdarmen hingerichtet worden, beabsichtigten und Seitens der Königlichen Regierung nicht gestatteten Seelenmessen fast mit den Haaren herbeizog, um zu beweisen, daß nicht einmal die Ausführung ihrer Religion den Polen gestattet sei, — eine Auslassung, welche übrigens selbst unter den Zuhörern polnischer Nationalität eine fast allgemeine Mißbilligung erfuhr, welchen anderen Zweck kann es haben, daß er hier, wo gegen den Rechtsanwalt und Notar Krauthofer die Untersuchung verhängt worden, und über Krauthofer erkennt werden soll, geltend machen will, daß er Krotowski heiße, verlangt, daß man ihn auch so nenne, da angeblich das gegen ihn, wegen Annehmen eines fremden Namens ergangene Straferkenntniß noch nicht rechtskräftig geworden, und was anders, als die Geltendmachung der Polnischen Nationalität soll es etwa bedeuten, daß er noch am 15. d. M. vom Staats-Anwalt verlangte, daß er sich in seiner Anrede nur der polnischen Sprache bediene?

Deshalb begriffen wir die Geschworenen deutscher Zunge nicht, daß Niemand von ihnen die Uebersetzung der langen Reden ins Deutsche verlangte, und deshalb fand die Aufforderung des einen der Geschworenen an den Präsidenten, ihm das am 14. Nachmittags bei einer anderen Gelegenheit vom Angeklagten Gesagte ins Deutsche übersetzen zu lassen, allgemeinen Anklang.

Freilich muß aber dann die Uebertragung aus dem Polnischen ins Deutsche durch einen der deutschen Sprache vollkommen mächtigen Beamten, nicht aber durch Jemand geschehen, dem die Kenntniß der Sprache so weit abgeht, daß er sogar einzelne deutsche Ausdrücke nicht kennt; andererseits muß aber auch zu der Uebersetzung ins Polnische ein Dollmetscher gewählt werden, der nicht erst halbe Viertelstunden braucht, um sich den Sinn des Verhandelten klar zu machen, und dann doch noch gebrochen übersetzt, wenn es die Zeit nicht gestattete, die deutsch aufgenommenen Aussagen ausgebliebener Zeugen noch vor der Sitzung selbst ins Polnische zu übertragen. Denn wenn auch ohne Zweifel Jeder der 4 Geschworenen polnischer Nationalität der deutschen Sprache so mächtig ist, um das einzelne Deutsch Verhandelte zu verstehen, so erfordert es doch schon die Consequenz, daß die Fixion: „Krauthofer sein ein Pole, und verstehe auch nur polnisch und kein Deutsch" bis zur äußersten Gränze festgehalten werde, wenn gleich er selbst sich sowohl am 14. als 15. d. M. bei Vernehmung der deutschen Zeugen durch seine an sie im reinsten Deutsch gerichteten Fragen wiederholt Lügen straft. Ein Tausch der beiden Rollen der biher gebrauchten Dollmetscher dürfte deshalb für die Sache selbst vom größten Vortheile gewesen sein.

Ob aber unsere Behauptung, daß dem Präsidenten eines Schwurgerichts auch noch besondere Umsicht und Energie beiwohnen müsse, um das Heft, das ihm in die Hände gelegt worden, bei der ganzen Leitung des Prozesses nicht zu verlieren, eine begründete ist oder nicht, darüber mögen folgende Thatsachen selbst sprechen.

Zuvörderst bemerken wir in dieser Beziehung, daß nicht nur uns, sondern auch vielen andern Zuhörern aufgefallen ist, daß einige Zeugen den Zeugeneid leisteten, indem sie die innere Fläche der erhobenen rechten Hand nach ihrem Gesicht zu gerichtet hielten, während andere Zeugen die gegen den Himmel ausgestreckten drei Finger der rechten Hand von sich abgewendet hielten, dann aber, daß die als Defensionszeugen vernommenen Personen, wie v. Wilczynski, Żochowski, und Gniwosz der Verhandlung selbst zum Theil als Zuhörer beigewohnt hatten, so daß sie von dem, worüber auf ihr Zeugniß Bezug genommen wurde, schon vorher unterrichtet waren, wie sich denn überhaupt in der Herbeiholung einzelner Zeugen z. B. des p. Kutzner unter den Zuhörern polnischer Nationalität die längst bekannte Rührigkeit kund gab, indem er trotz des Beschlusses des Gerichtshofes, daß er nicht vernommen werden könne, schleunigst von Hause herbeigeführt wurde.

Nachdem der Antrag des Angeklagten, daß alle der polnischen Sprache nicht mächtigen Geschworenen ausscheiden sollten, vom Gerichtshof zurückgewiesen worden, kam er in einer längern Rede darauf zurück, weil er angeblich vorher nicht ausgeredet habe, und sprach eine Viertelstunde lang von gar nicht zur Sache gehörigen Dingen. Der Gerichtshof zog sich nochmals zurück, berieth von Neuem über den kurz vorher von ihm publicirten Beschluß, und veröffentlichte dann, das es dabei verbleibe. — Am 15 d. M. zog sich der Gerichtshof zur Berathung über einen vom Staats-Anwalt geltend gemachten Einwand zurück, kehrte aber wieder, ohne auch nur einen Beschluß zu publiciren, und berieth gleich darauf von Neuem, als der Staats-Anwalt gegen die Eingriffe des Angeklagten und des Vertheidigers in die Untersuchung protestirte. Er entschied, daß kein Grund vorhanden, die Vertheidigung in die vom Staatsanwalt beantragten Schranken zurückzuweisen.

(Schluß folgt.)

Schmutz macht auch witzig.

Der gute Freund pickt Witz, wie Tauben Spelt,
und giebt ihn von sich, wie es Gott gefällt;
ja selbst auf Schmutz, der sonst nichts nützt,
ist superschlau sein Witz gestützt.

In Bezug auf das reinliche und manierliche Inserat in der gestr. Ztg.

Gulomy's zweite Soirée-musicale den 18. December.

Trotz der Nähe des lieben Weihnachtsfestes hatte die Geige Gulomy's diesen Abendsein noch zahlreicheres Publikum angelockt, als es bei der ersten Soirée der Fall war. Mit der größten Spannung lauschten die aufmerksamen Zuhörer jedem Tone und wahrlich es schien uns, als spielte Gulomy diesen Abend mit besonderer Begeisterung. Die Soirée begann mit Ernst's Othello-Phantasie, die Introduktion spielte Gulomy mit tiefem Gefühl, so wie die darin vorkommenden Terzen- und Octaven-Gänge mit tadelloser Reinheit, Festigkeit und Eleganz. Die hinzugefügten Flageolets im Marsch und im Finale machten eine außerordentliche Wirkung. Gulomy's Flageolet ist stets kräftig, voll und dem Ohre schmeichelnd, auch nicht schneidend, wie bei andern, bei denen das Flageolet rein als Künstlerei erscheint. So brillant und keck Gulomy die Variationen wiedergab, so schmelzend ergreifend trug er die darin vorkommende herrliche Romanze vor. Ferner hörten wir Lipinskis drittes Concert. Diese Composition ist durchweg großartig und geeignet, die Geige in ihrer ganzen Würde dem Zuhörer vorzuführen. Sie bringt eine Reihenfolge edler Melodieen und kräftiger Passagen. Die modernen Virtuosen wagen sich selten und ungern an dergleichen Kraftwerke und doch diese sind es allein, die den eigentlich Werth beurtheilen lassen. Gulomy beherrschte seinen schwierigen Stoff vollendet, nichts mißlang, jede Note stand deutlich, klingend und wenn es erforderlich war, imposant da. Die Dezimen-Gänge perlten. Die tobenden Gewitterpassagen rollten so mächtig aus diesem kleinen, zartgebauten Instrument, und verschmolzen dann wiederum so sehnsüchtig in die schmachtenden Melodieen, daß der Zuhörer bei Anhörung dieses Allegro unwillkührlich zur Anerkennung der Macht der Geige gezwungen wird. Wir halten den Vortrag dieses Satzes für das Vollendetste, was wir hier von Gulomy hörten. Den zweiten Theil eröffnete Beethovens G dur Sonate, op. 30. für Piano forte und Geige. Gulomy zeigte hierin von Neuem, daß er nur der edlen Richtung seiner Kunst lebte, und nicht wie die Mehrzahl seiner berühmten Zeitgenossen, sich darauf beschränkt, auf 5 — 6 meist gehaltlose Piecen zu reisen, und das liegt lediglich darin, daß viele Küuftler nur die Kunst zum Broterwerb treiben. Gulomy's Spiel verirrt sich nie in das krankhafte Winseln, was jetzt so modern, selbst bei gefeierten Künstlern ist. Sein Ton bleibt stets voll, selbst im leisesten Piano, Gulomy läßt jedem Componisten Gerechtigkeit widerfahren, er führt fremde Werke nach sorgfältigem Studium derselben abgerundet in ihrer Eigenthüinlichkeit vor, im Gegensatz zu Andern, denen es viel behaglicher scheint, immer ihre eigenen Compositionen wieder zu geben, als sich zu bemühen, in den Geist verschiedener großer Meister einzudringen. Solche Künstler müssen ihrem Auditorium einförmig erscheinen, wogegen der wiedergebende Künstler immer neu bleiben kann, wie dies bei Gulomy der Fall ist. Zum Schluß spielte er die bekannte Melancholie von Prume, diese schien dem größern Publikum am meisten zuzusagen, und erwarb dem Künstler den lebhaftesten Beifall. — Leider hat Gulomy mit dieser Soirée von uns Abschied genommen. Wir bedauern dies um so mehr, als unsere Stadt von wirklich ausgezeichneten Künstlern höchst selten besucht wird. Indem wir Gulomy hiermit unsern wärmsten Dank für die beiden so genußreichen Abende zurufen, fügen wir die Bitte hinzu, er möge uns nicht ganz vergessen, und recht bald wieder zurückkehren. Wir können ihm dagegen versichern, daß seine Töne noch lange bei uns nachklingen werden.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 9. bis 15. Decbr.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
9. Dec.	— 5,6°	— 2,7°	28 Z. 0,0 L.	NO.
10 =	— 11,2°	— 7,0°	28 = 1,8 =	NO.
11 =	— 13,7°	— 10,2°	28 = 2,0 =	NO.
12 =	— 14,2°	— 10,0°	28 = 2,2 =	NO.
13. =	— 13,1°	— 8,3°	28 = 1,5 =	NO.
14. =	— 12,2°	— 4,3°	28 = 1,0 =	NO.
15. =	+ 1,0°	+ 3,5°	27 = 8,5 =	SW.